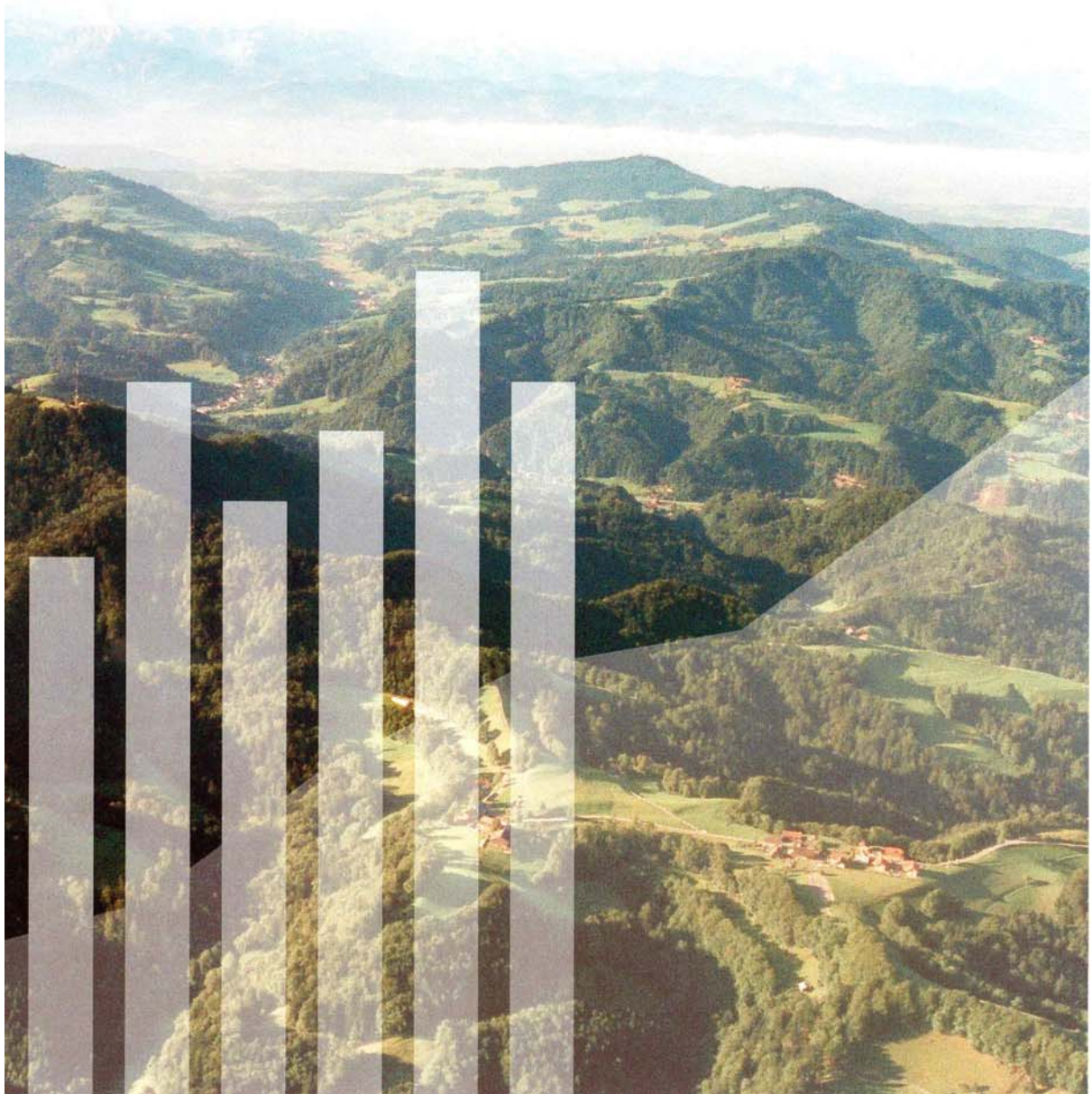




**Pro Zürcher Berggebiet**

# regionales Entwicklungskonzept 2002



# Inhalt

<b>Vorwort</b>	<b>3</b>
<b>1. Rückblick</b>	<b>4</b>
1.1 Einleitung	4
1.2 Realisierungsbilanz	4
1.2.1 Investitionshilfe-Darlehen	4
1.2.2 Bevölkerung	5
1.2.3 Landwirtschaft	6
1.2.4 Industrie / Gewerbe	6
1.2.5 Dienstleistungen	7
1.2.6 Steuererträge (Kopfquote)	7
1.2.7 Schlussbemerkungen	8
<b>2. Überarbeitung des regionalen Entwicklungskonzeptes</b>	<b>9</b>
2.1 Warum eine Überarbeitung des regionalen Entwicklungskonzeptes?	9
2.2 Vorgehen	9
2.3 Arbeitsschritte	10
2.3.1 Arbeitsgruppen	10
2.3.2 Zeitplan	11
<b>3. Entwicklungskonzept 2002</b>	<b>13</b>
3.1 Allgemeine Zielsetzungen	13
3.2 Bearbeitungsschwerpunkte	14
A Raumplanung	14
B Landwirtschaft/Forstwirtschaft	19
C Infrastrukturen/Dienstleistungen	23
D Gemeindefinanzen	27
E Tourismus, Erholung und Freizeit	30
F Wirtschaft	34

## Vorwort

Die Revision des Entwicklungskonzeptes hat deutlich gemacht dass die Zeit nicht stehen bleibt. Innerhalb und ausserhalb der Region hat sich vieles verändert: Textilmaschinen raten mit wenigen Ausnahmen nur noch in Museen, über 300 Bauernbetriebe sind eingegangen, das Land wird extensiver bewirtschaftet. Die von der Gesellschaft geforderte und von der Politik vollzogene Effizienz führt zu Einschränkungen und zum Abbau von öffentlichen Dienstleistungen wie regionale Spitäler, Schulen und Poststellen. Nach dem Bahnhofvorstand ist auch der Dorfpolizist verschwunden. Vereine klagen über Mitgliederschwund und manche Behörde in der Region kann nur mit Mühe mit geeigneten Personen besetzt werden. Auch in unserer Region streben die Menschen nach Unabhängigkeit und lassen sich kaum noch in feste Strukturen einbinden.

Umso erfreulicher war das Engagement von Behörde- und Verwaltungsmitgliedern aus unserer Region bei der Überarbeitung des regionalen Entwicklungskonzeptes. Die Frage war nie, ob es die Vereinigung Pro Zürcher Berggebiet (PZB) noch braucht, sondern wo und wie muss die PZB handeln, um die Aufgaben in einem geänderten Umfeld weiterzuführen.

Die Regionen haben Zukunft! So lautete das Leitmotiv 1999 zur 25-Jahr-Feier der Berggebietsförderung des Bundes. Von diesem Grundsatz wird auch bei den sich abzeichnenden Änderungen in der Förderungspolitik des Bundes nicht abgewichen. Akzente werden neu gesetzt. Die Leistungen werden nicht mehr an der Anzahl ausgelöster Investitionshilfedarlehen gemessen, sondern danach, was die Region mit ihren Potentialen macht, welche Projekte umgesetzt werden und wie hoch die Kooperationsbereitschaft unter den Gemeinden ist. Die Zusammenarbeit muss wachsen und kann nicht verordnet werden. Auch wenn in unserer Region die Kantonsgrenzen für verstärkte Kooperationen trennend wirken, bleibt das verbindende Element bestehen: praktisch alle PZB-Gemeinden werden in ihren Kantonen als Randgemeinden behandelt. Als Region sind wir aber Mittelpunkt zwischen den Kantonen Zürich, St. Gallen und Thurgau.

Die gemeinsame Bearbeitung des im Entwicklungskonzept aufgezeigten Handlungsbedarfs wird mithelfen, auf die sich immer rascher ändernden Rahmenbedingungen vorausblickend einzustellen. Damit kann sich das Zürcher Berggebiet als aktive und zukunftsgerichtete Region weiter entwickeln.

Wir danken allen, die an der Überarbeitung des Entwicklungskonzeptes mitgewirkt haben und hoffen auf eine ebenso engagierte Unterstützung in der laufenden Umsetzungsphase.

# 1. Rückblick

## 1.1 Einleitung

Auch im überarbeiteten Entwicklungskonzept soll auf die Beweggründe hingewiesen werden, welche zur Bildung der Vereinigung Pro Zürcher Berggebiet (PZB) geführt haben. Das seinerzeitige Handeln darf nicht in Vergessenheit geraten. Wichtig ist auch wieder einmal festzuhalten, zu welchen Erfolgen und bleibenden Werten eine intensive Zusammenarbeit von Gemeinden führen kann.

Am 5. Juni 1973 wurde die Vereinigung Pro Zürcher Berggebiet gegründet. Damit konnte geeinigt auf ein vom Regierungsrat des Kantons Zürich in Auftrag gegebenes Gutachten über die Zukunft des Zürcher Berggebietes reagiert werden. Im Gegensatz zur Expertengruppe befürwortete die PZB aus Gründen einer minimalen Bevölkerungsdichte und der Landschaftspflege die Unterstützung aller Landwirtschaftsbetriebe im Berggebiet. Mit Erfolg setzte sich die PZB auf parlamentarischer Ebene dafür ein, dass im Landwirtschaftsgesetz u. a. die Zahlung von Zusatzbeiträgen für alle Betriebe im Berggebiet verankert wurde.

1974 wurde das Bundesgesetz über Investitionshilfe für Berggebiete (IHG) in Kraft gesetzt. Mit diesem Gesetz sollten die Existenzbedingungen im Berggebiet verbessert werden. Von dieser Hilfe konnten nur Berggebietsgemeinden profitieren, die sich zu einer Region zusammenschlossen und ein eigenes regionales Entwicklungskonzept erarbeiteten.

Um den Bedingungen des Bundes Rechnung zu tragen, wurde 1975 die Region Zürcher Berggebiet mit den St. Galler Gemeinden Goldingen und St. Gallenkappel sowie den Thurgauer Gemeinden Fischingen und Bichelsee (-Balterswil ab 1996) geschaffen. Die Zusammenarbeitsverträge der Kantone Zürich, St. Gallen und Thurgau erlaubten der PZB die Erarbeitung eines gesamtwirtschaftlichen Entwicklungskonzeptes.

## 1.2 Realisierungsbilanz

Der Vorbericht 1998 zur Überarbeitung des regionalen Entwicklungskonzeptes enthält eine umfassende Realisierungsbilanz. Im vorliegenden Bericht wird nur noch auf die Bilanz der Investitionshilfe des Bundes und Entwicklungen von allgemeinem Interesse hingewiesen. Die aus dem Entwicklungskonzept 1979 umgesetzten Projekte sind unter dem jeweiligen Bearbeitungsschwerpunkt aufgeführt.

### 1.2.1 Investitionshilfe-Darlehen

Seit 1983 konnten die Gemeinden, Institutionen und Private in unserer Region von der Investitionshilfe des Bundes profitieren. Bis Ende 2000 wurden an 102 Projekte der Gemeinden mit einem Investitionsvolumen von Fr. 236'715'278.- zinslose Darlehen von insgesamt Fr. 32'512'450.- ausbezahlt. Daraus resultieren für die Gemeinden Zinskosteneinsparungen bis Ende 2000 von Fr. 9'022'557.-. Auch Private (Genossenschaften und Vereine) lösten für neun Projekte Investitionshilfe aus. Aus den zinslosen Darlehen von Fr. 3'172'500.- resultierten bis Ende 2000 Zinsersparnisse von Fr. 1'537'185.-. Dazu kommen noch die Äquivalenzleistungen der Kantone in ähnlicher Höhe.

Tabelle 1: Übersicht Investitionshilfe-Darlehen 1983 – 2000

Gemeinden	Anzahl Projekte Total	Investitions- Volumen in Fr.	Darlehen Total in Fr.	Eingesparte Zinskosten in Fr.1)
Bäretswil	4	10'047'850	2'054'100	649'638
Bauma	14	37'860'416	5'096'000	2'024'572
Bichelsee-Balterswil	3	1'651'271	381'000	229'752
Fiscenthal	7	12'678'814	1'788'000	810'331
Fischingen	5	15'874'745	2'342'000	800'514
Goldingen	6	7'362'626	1'406'267	595'932
Hinwil	6	32'931'431	4'505'000	1'595'384
Hofstetten	5	3'788'111	764'000	331'490
Schlatt	6	4'783'589	1'079'100	527'231
St. Gallenkappel	8	13'467'222	2'218'433	853'372
Sternenberg	5	1'413'395	311'700	135'212
Turbenthal	12	40'345'155	3'889'750	1'413'438
Wald	4	33'034'310	1'973'000	955'805
Wila	8	13'144'101	2'320'300	969'336
Wildberg	9	8'332'242	2'383'800	831'160
<b>Total der Gemeinden</b>	<b>102</b>	<b>236'715'278</b>	<b>32'512'450</b>	<b>12'723'166</b>
Privat	9	32'931'194	3'172'500	1'775'342
<b>Total Region</b>	<b>111</b>	<b>269'646'472</b>	<b>35'684'950</b>	<b>14'498'509</b>

1) Voraussichtliche eingesparte Zinskosten bis Ende der Laufzeit des IH-Darlehens

## 1.2.2 Bevölkerung

Im Entwicklungskonzept 1979 wurde von einer Stabilisierung der Wohnbevölkerung auf 33'000 Personen ausgegangen. Für 1995 wurde ein Zielbereich von 32'000 bis 35'500 prognostiziert.

Tabelle 2: Entwicklung der Wohnbevölkerung 1960 – 2000

Gemeinden	Wohnbevölkerung					Veränderung in % 1960 - 2000
	1960	1970	1980	1990	2000	
Bäretswil	2'577	2'733	3'145	3'782	4'144	61 %
Bauma	3'214	3'159	3'010	3'760	4'171	30 %
Bichelsee-Balterswil	1'467	1'554	1'810	2'065	2'339	59 %
Fiscenthal	1'987	1'693	1'605	1'775	1'996	0 %
Fischingen	2'484	2'248	2'100	2'399	2'628	6 %
Goldingen	998	936	870	945	1'057	6 %
Hinwil	4'811	6'547	7'554	8'379	9'063	88 %
Hofstetten	444	381	337	384	436	-2 %
Schlatt	475	535	509	597	611	29 %
St. Gallenkappel	1'060	1'174	1'234	1'460	1'710	61 %
Sternenberg	364	315	273	349	349	-4 %
Turbenthal	2'685	2'939	2'975	3'789	4'019	50 %
Wald	7'778	8'185	7'447	8'218	8'279	6 %
Wila	1'003	1'070	1'242	1'536	1'818	81 %
Wildberg	596	660	650	768	900	51 %
<b>Region PZB</b>	<b>31'943</b>	<b>34'129</b>	<b>34'761</b>	<b>40'206</b>	<b>43'520</b>	<b>36 %</b>

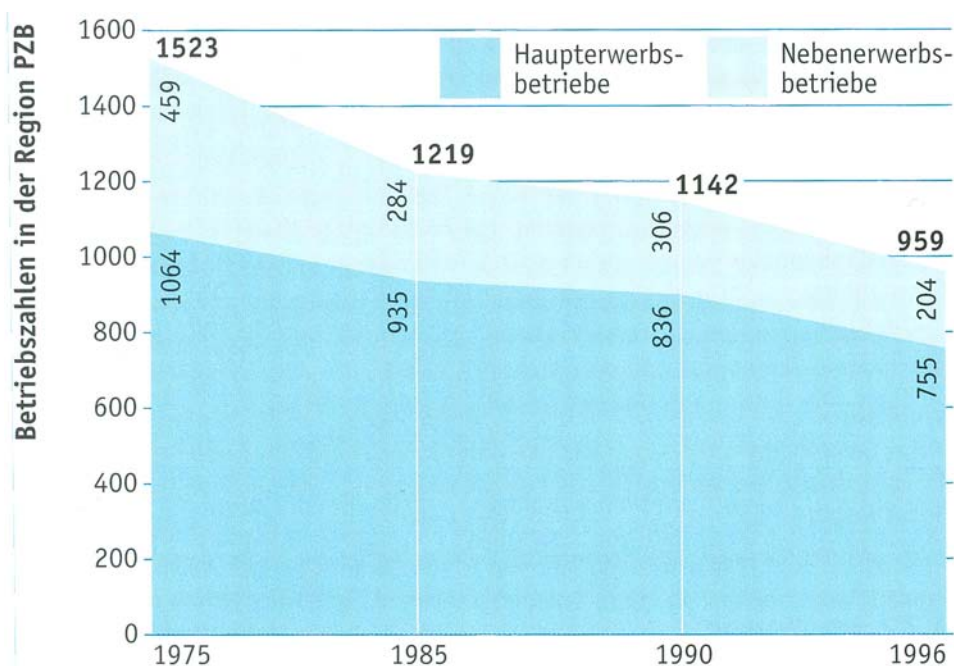
Quellen: Eidg. Volkszählungen 1960, 1970, 1980, 1990, 2000 Gemeinden/Kantone

Vor allem durch eine rege Bautätigkeit ab 1980 hat die Bevölkerung in den meisten Gemeinden stark zugenommen. Gemeinden mit geringer Bautätigkeit und hohem Anteil Streusiedlungsgebiet verzeichnen bei der Bevölkerungsentwicklung Stagnation, Abnahme oder eine geringe Zunahme.

### 1.2.3 Landwirtschaft

Zwischen 1975 und 1996 haben die Haupt- und Nebenerwerbsbetriebe um 37 % abgenommen. Dieser Rückgang setzt sich aufgrund der geänderten agrarpolitischen Rahmenbedingungen weiter fort.

Grafik 1: Entwicklung der landwirtschaftlichen Betriebe



Quelle: Landw. Betriebszählungen 1975, 1985, 1990, 1996

### 1.2.4 Industrie / Gewerbe

Die Textilindustrie hat in der Region deutlich an Bedeutung verloren. Dagegen konnten die Metall-, Maschinen- und Elektronikbranche sowie die Baubranche stark zulegen. Die Arbeitsstätten von Industrie und Gewerbe konzentrieren sich vor allem auf die Gemeinden Hinwil, Bauma, Wald und Turbenthal.

Tabelle 3: Beschäftigte in Industrie und Gewerbe nach Branchen 1975 – 1995

Branchen	Beschäftigte			Entwicklung in %
	1975	1985	1995	1975 - 1995
Nahrungsmittel, Getränke, Tabak	226	282	313	38
Textilien, Bekleidung	1'730	1'352	699	-60
Holzbe- und -verarbeitung	477	452	392	-18
Papier- und graphische Industrie	65	56	307	372
Chemische Industrie	12	45	21	75
Metalle, Maschinen, Elektrotechnologie	1'598	1'833	2'691	68
Baugewerbe	1'118	1'531	1'895	69
Übriges Gewerbe	320	586	592	85
<b>Total Beschäftigte 2. Sektor</b>	<b>5'546</b>	<b>6'139</b>	<b>6'910</b>	<b>25</b>

Quelle: Eidg. Betriebszählungen 1975, 1985, 1995

### 1.2.5 Dienstleistungen

Der Dienstleistungssektor hat in der Region stark an Bedeutung gewonnen. Zwischen 1975 und 1995 hat sich die Zahl der im Dienstleistungssektor beschäftigten Personen verdoppelt.

Tabelle 4: Beschäftigte im Dienstleistungssektor 1975 - 1995

Branchen	Beschäftigte			Entwicklung in %
	1975	1985	1995	1985 - 1995
Handel	932	808	2'141	130
Gastgewerbe	587	512	741	26
Verkehr, Nachrichtenübermittlung	379	422	578	53
Banken, Versicherungen	86	125	203	136
Unterrichtswesen, Forschung	313	413	796	154
Gesundheitswesen	358	508	1'409	294
Öffentliche Verwaltung	347	386	504	45
Übriges Dienstleistungen	731	892	1'201	64
<b>Total Beschäftigte 3. Sektor</b>	<b>3'733</b>	<b>4'066</b>	<b>7'573</b>	<b>103</b>

Quelle: Eidg. Betriebszählungen 1975, 1985, 1995

### 1.2.6 Steuererträge (Kopfquote)

Die Kopfquote (Steuererträge der direkten Bundessteuer natürlicher und juristischer Personen pro Kopf der Wohnbevölkerung) ist die einzige vergleichbare Grösse der Gemeinden aus den drei Kantonen. Das Ziel des Entwicklungskonzeptes 1979, die Kopfquote gegen 75 bis 80 % an das schweizerische Mittel anzunähern, wurde mit 71 % beinahe erreicht. Ohne Hinwil beträgt die Annäherung aber nur 62 %.

Tabelle 5: Kopfquote Gemeinden, Region PZB, Kantone, Schweiz

	Kopfquote in Fr. u. Rp 1973/1974	in % des schweiz. Mittels 1973/1974	Kopfquote in Fr. u. Rp. 1997/1998	in % des schweiz. Mittels 1997/1998
Bäretswil	212.97	58%	690.65	84 %
Bauma	129.39	35%	545.85	67 %
Bichelsee- Baiterswil	133.18	36%	524.68	64 %
Fischenthal	101.63	28%	364.23	45 %
Fischingen	77.63	21%	445.89	55 %
Goldingen	49.90	14%	388.23	47 %
Hinwil	199.35	54%	838.86	103 %
Hofstetten	52.24	14%	441.53	54 %
Schlatt	68.90	19%	457.28	56 %
St. Gallenkappel	50.19	14%	472.73	58 %
Sternenberg	98.13	27%	384.59	47 %
Turbenthal	179.89	49%	516.62	63 %
Wald	137.98	37%	472.04	58 %
Wila	108.22	29%	557.21	68 %
Wildberg	69.98	19%	542.72	66 %
<b>Region PZB</b>	<b>142.48</b>	<b>39%</b>	<b>577.93</b>	<b>71 %</b>
Kanton Zürich	515.34	139%	1'129.56	138 %
Kanton Thurgau	222.42	60%	691.95	85 %
Kanton St. Gallen	244.04	66%	652.01	80 %
<b>Schweiz</b>	<b>369.49</b>		<b>817.98</b>	

### **1.2.7 Schlussbemerkungen**

Viele der im Entwicklungskonzept 1979 enthaltenen Ziele konnten nicht erreicht bzw. die dazu notwendigen Massnahmen nicht eingeleitet werden. Dies ist auf die vielen und zum Teil unklar formulierten Zielsetzungen, aber vor allem auf die beschränkten personellen und finanziellen Möglichkeiten der PZB in der Umsetzungsphase zurückzuführen. Auch erschweren die komplizierten Strukturen der Region die Realisierung von grenzübergreifenden Projekten. Erst in der Realisierungsphase wird klar, wieviel Zeit es braucht, um Betroffene von einer Idee zu überzeugen, sie zur Mitarbeit zu motivieren und die finanziellen Mittel sicher zu stellen.

Die Realisierungsbilanz wäre unvollständig, wenn nicht auch auf die immateriellen Werte der Aktivitäten hingewiesen würde. Die Regionsbildung und die Zusammenarbeit haben die Gemeinden gestärkt. Sehr viele Anliegen (Finanzen, Raumplanung, öffentlicher Verkehr, etc.) konnten nur erfolgreich umgesetzt werden, weil die Gemeinden ihre Meinung gemeinsam unter dem Dach der PZB vertreten haben.

## 2. Überarbeitung des regionalen Entwicklungskonzeptes

### 2.1 Warum eine Überarbeitung des regionalen Entwicklungskonzeptes?

Das regionale Entwicklungskonzept bildet die konkrete planerische und politische Grundlage für die Aktivitäten des Entwicklungsträgers. Damit verbunden ist auch die Verantwortung für die zu überarbeitenden Konzeptteile und deren anschliessende Verwirklichung. Das regionale Entwicklungskonzept findet seine raumplanerische Verankerung auch im Bundesgesetz über die Raumplanung (RPG Art. 6).

Aus den regionalen Aktivitäten und den sich ändernden inneren und äusseren Rahmenbedingungen resultierten neue Vorstellungen bezüglich Sinn und Aufgabe des regionalen Entwicklungskonzeptes.

Für die PZB ist die Überarbeitung des Entwicklungskonzeptes Gelegenheit und Chance zur Diskussion ihrer Zukunft. Im Sinne eines Leitbildes können die Entwicklungsziele und die Prioritäten des zur Zielerreichung notwendigen Handlungsbedarfs selber bestimmt werden.

Das überarbeitete Entwicklungskonzept muss die hohen Anforderungen an einen in unserer Region wichtigen innerregionalen Interessensausgleich und an die überkommunale Zusammenarbeit erfüllen können. Es muss als Basis für die regionalen Entwicklungspotenziale dienen und schlussendlich Grundlage für den Vollzug bestehender und zukünftiger Förderungsmassnahmen vorwiegend auf eidgenössischer Ebene bilden (Investitionshilfe, Bürgschaften und Zinskostenbeiträge für Klein- und Mittelbetriebe, Hotel- und Kurortkredite, Vollzug von Regio Plus, InnoTour, überregionale Kooperationsprojekte, etc.).

Die Auseinandersetzungen mit den Bedingungen der Entwicklungskonzept-Überarbeitung führten beim verantwortlichen Vorstand der PZB zum Schluss, dass die äusseren und inneren Rahmenbedingungen eine Überarbeitung nach den vorliegenden Richtlinien des Bundes weitgehend ausschliessen. D. h. eine Region, welche Teilgebiete aus drei Kantonen, fünf Bezirken sowie vier Planungsregionen abdeckt und über kein Regionszentrum verfügt, muss ihre Konzeptüberarbeitung auf dieses politische und organisatorische Umfeld ausrichten. Nur so kann schliesslich ein der Region dienendes Konzept unter akzeptablen Bedingungen und vertretbarem Zeit- und Kostenaufwand erstellt werden.

### 2.2 Vorgehen

Der Vorbericht 1998 bildete die Grundlage für die Konzeptüberarbeitung. Die darin enthaltene Realisierungsbilanz erlaubte, die Bearbeitungsschwerpunkte der Konzeptüberarbeitung auszuwählen. Wichtigste Auswahlkriterien waren die sachliche Betroffenheit aufgrund der Zielsetzungen der PZB sowie ein Handlungsbedarf. Zusätzlich wurde darauf geachtet, ob bereits bestehende Organisationen (z. B. Planungsregionen) in diesem Bereich aktiv sind.

Zur Bearbeitung in den Arbeitsgruppen wurden folgende Schwerpunkte ausgewählt:

- Organisation PZB
- Raumplanung
- Landwirtschaft/Forstwirtschaft
- Infrastrukturen/Dienstleistungen
- Gemeindefinanzen
- Tourismus, Erholung und Freizeit
- Wirtschaft (Dieser Bereich wurde erst im Herbst 1999 zusätzlich zur Bearbeitung bestimmt).

## 2.3 Arbeitsschritte

### 2.3.1 Arbeitsgruppen

Für die Bearbeitung der einzelnen Schwerpunkte setzte der PZB-Vorstand folgende Arbeitsgruppen ein:

#### Organisation PZB

Ernst Hauser, Turbenthal  
Heribert Hubatka, St. Gallenkappel  
Ruedi Suter, Goldingen  
Ueli Wyss, Wila

#### Raumplanung

Renate Bommer, Bichelsee  
Fritz Fuhrmann, Turbenthal  
Daniel Gübeli, Goldingen  
Michael Wäfler, Bäretswil  
Jakob Weiss, Steg  
Meinrad Wenk, Wernetshausen

#### Landwirtschaft/Forstwirtschaft

Jakob Bosshard, Hofstetten  
Gottlieb Diggelmann, Steg  
Albert Hess, Wald  
Gottlieb Manz, Wila  
Werner Riget, Goldingen  
Ruedi Suter, Goldingen  
Hansueli Vontobel, Gibswil-Ried  
Meinrad Wenk, Wernetshausen

#### Infrastrukturen/Dienstleistungen

Ernst Bühler, Hinwil  
Josef Gübeli, Steg  
Jean-Jacques Haas, Wila  
Heribert Hubatka, St. Gallenkappel  
Horst Meier, Hinwil  
Reto Vannini, Wildberg  
Margrith Weber, Laupen

#### Gemeindefinanzen

Peter Good, Bauma  
Ernst Hauser, Turbenthal  
Hans-Ulrich Kägi, Turbenthal  
Hansheiri Knecht, Gibswil-Ried  
Horst Meier, Hinwil  
Eugen Müller, St. Gallenkappel  
Richard Peter, Balterswil  
Willy Suter, Wildberg

#### Tourismus, Erholung und Freizeit

Dominik Bachmann, Goldingen  
Ernst Bühler, Hinwil  
Susanne Leuenberger, Wald  
Heinz Mäusli, Bäretswil  
Bruno Pfenninger, Wildberg  
Daniel Rüegg, Turbenthal  
Gertrud Scheibling, Bauma

#### Wirtschaft

Ernst Hauser, Turbenthal  
Ueli Wyss, Wila

Die Arbeitsgruppen analysierten die Entwicklung und aktuelle Situation in ihrem Bereich, bestimmten Chancen und Gefahren und leiteten daraus den Handlungsbedarf für die PZB ab.

### 2.3.2 Zeitplan

Die Überarbeitung des Entwicklungskonzeptes erfolgt in folgenden Teilschritten:

Juni 1998 – August 1999	<p><b>Organisation PZB</b></p> <p>Die Arbeitsgruppe prüfte kritisch die Organisation PZB sowie die Aktivitäten ihrer Geschäftsstelle. Aufgrund dieser Prüfung wurden die Statuten überarbeitet, die Aufgaben der PZB definiert (allgemeine Aufgaben, Projektaufgaben), das Pflichtenheft und der Vertrag für die Geschäftsstelle erarbeitet.</p>
Juni – Dezember 1998	<p><b>Vorbereitung der Bearbeitungsschwerpunkte zur Behandlung in den Arbeitsgruppen</b></p>
Februar – Juni 1999	<p><b>Sitzungen der Arbeitsgruppen</b></p>
Juli 1999	<p><b>Bearbeitungsschwerpunkt Landwirtschaft</b></p> <p>Diskussion der Unterlagen der Arbeitsgruppe mit den landwirtschaftlichen Betriebsberatern</p>
August – Dezember 1999	<p><b>Auswertung der Resultate der Arbeitsgruppen</b></p> <p>Die Auswertung führte zur Formulierung einer allgemeinen Zielsetzung und zur Konkretisierung des Handlungsbedarfs der PZB.</p>
Mai – November 2000	<p><b>Leitbilderarbeitung für die Tösstallinie</b></p> <p>Wegen Unsicherheiten bezüglich Zukunft der Tösstallinie wurde mit den betroffenen Gemeinden eine Grundsatzdiskussion geführt und ein Leitbild erarbeitet.</p>
Juni 2000	<p><b>Grundsatzdiskussion des Vorstandes</b></p> <p>Der Vorstand diskutierte die allgemeinen Zielsetzungen und den daraus abgeleiteten Handlungsbedarf</p>
August – September 2000	<p><b>Überarbeitung der Schwerpunkte</b></p>
Oktober 2000	<p><b>Bereinigung der Bearbeitungsschwerpunkte und des Handlungsbedarfs durch die Geschäftsleitung</b></p>
März – Oktober 2001	<p><b>Bearbeitung Konzept Tösstallinie</b></p> <p>Die Gemeinden an der Tösstallinie befürworteten die Bearbeitung eines Konzeptes durch Experten, um wirtschaftlich vertretbare Verbesserungen in die Diskussion um die Zukunft der Tösstallinie einfließen zu lassen.</p>
Juni – Oktober 2001	<p><b>Entwurf Entwicklungskonzept</b></p>
Oktober 2001	<p><b>Diskussion Entwurf Entwicklungskonzept durch den Vorstand</b></p>
November 2001	<p><b>Diskussion und Verabschiedung Entwicklungskonzept durch die Delegierten</b></p>

## 3. Entwicklungskonzept 2002

### 3.1 Allgemeine Zielsetzungen

Die 15 Gemeinden aus drei Kantonen Bärenswil, Bauma, Bichelsee-Balterswil, Fischenthal, Fischingen, Goldingen, Hinwil, Hofstetten, Schlatt, Sternenbergr, St. Gallenkappel, Turbenthal, Wald, Wila und Wildberg bilden die vom Bund gemäss Bundesgesetz über Investitions-hilfe für Berggebiete (IHG) anerkannte Region Zürcher Berggebiet. Die weitere institutionelle Zuteilung der Gemeinden in fünf Bezirke und vier Planungsregionen weist auf die Bedeutung, aber auch auf die formellen Schwierigkeiten des Zusammenschlusses hin.

Die 1973 gegründete Vereinigung Pro Zürcher Berggebiet (PZB) sieht sich als Plattform für die Regionsgemeinden. Sie sichert eine umfassende Bearbeitung von raumplanerischen, wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Themen zu und arbeitet grenzüberschreitend mit weiteren Gemeinden, Organisationen, Vereinigungen sowie den Kantonen und dem Bund zusammen.

Die PZB will die Region als dynamischer und offener Lebensraum mitgestalten und damit die Lebensqualität der in der Region wohnenden und arbeitenden Menschen stärken.

Die Probleme und Besonderheiten der Region und die von ihr ausgehenden Impulse werden kommuniziert. Dies soll zur besseren Verständigung und Zusammenarbeit mit bevölkerungs- und finanzstarken Gebieten führen.

## 3.2 Bearbeitungsschwerpunkte

### A Raumplanung

#### A 1. Rückblick

##### A 1.1 Bearbeitete Bereiche

---

In den vergangenen zwanzig Jahren haben die Organe der PZB zum Teil zusammen mit den regionalen Planungsgruppen folgende Bereiche intensiv bearbeitet:

- Raumplanerische und baurechtliche Behandlung des Streusiedlungsgebietes und von Kleinsiedlungen (als ständige Aufgabe);
- Bezeichnung der Streusiedlungsgebiete in den kantonalen Richtplänen (abgeschlossen);
- Revisionen der regionalen und kantonalen Richtpläne bzw. Teilrichtpläne (als ständige Aufgabe);
- Stellungnahme zu Gesetzesänderungen auf kantonaler und eidgenössischer Ebene (als ständige Aufgabe);
- Auswirkungen von Gesetzesänderungen in den Bereichen Raumplanung, Landwirtschaft, Bodenrecht, Umweltschutz, etc. (als ständige Aufgabe).

##### A 1.2 Investitionshilfe-Darlehen

---

Mit zinslosen Investitionshilfe-Darlehen wurden Bauzonenerschliessungen, Infrastrukturen für die bauliche Entwicklung (Ver- und Entsorgungsanlagen) sowie Hochwasser-Schutzmassnahmen vor allem im Siedlungsgebiet unterstützt.

##### A 1.3 Räumliche Entwicklung

---

Die aus Sicht der Raumplanung wichtigen Strukturen haben sich wie folgt entwickelt:

#### Bevölkerung

Die Bevölkerung hat entgegen den Prognosen von 1975 stark zugenommen. Die Zunahme ist abhängig von der Gemeindegrösse sowie dem vorhandenen Bauland und ist deshalb je nach Gemeinde unterschiedlich ausgefallen.

Im Streusiedlungsgebiet hat sich die Bevölkerungsdichte weiter abgeschwächt und bezüglich Erhaltung der bestehenden Infrastrukturen und Dienstleistungen eine kritische Grösse erreicht.

#### Arbeitsplätze

Zum Arbeitsort von regionaler und überregionaler Bedeutung hat sich vor allem Hinwil entwickelt (siehe auch regionaler Richtplan). Wald, Bauma und Turbenthal haben teilregionale bzw. kommunale Bedeutung.

Der Rückgang der Textilindustrie hat sich fortgesetzt. Sie ist nur noch von Bedeutung in den Gemeinden Turbenthal und Wald.

Die leer stehenden Textilbetriebe wurden zu kleinen Dienstleistungs- und Handwerkszentren oder ganz bzw. teilweise zu Wohnbauten (Lofts) umgenutzt. In der Regel ist in solchen umgebauten Betrieben eine höhere Arbeitsplatzdichte als früher in den Textilbetrieben feststellbar.

Mit der Aufwertung der Gemeinde Hinwil zum regionalen bzw. überregionalen Arbeitsort und den laufenden Änderungen in der regionalen Branchenstruktur haben die Arbeitsplätze in der Region überdurchschnittlich zugenommen (Entwicklung setzt sich abgeschwächt fort).

Die Pendlerströme in die Wirtschaftsräume ausserhalb der Region haben zugenommen (Entwicklung setzt sich fort).

### **Bautätigkeit**

Die mittleren und grösseren Gemeinden haben eine markante Zunahme der Wohnbauten zu verzeichnen (Entwicklung stagniert).

Der Nachhol- und Entwicklungsbedarf im Bereich Bildung sowie Ver- und Entsorgungsanlagen konnte weitgehend realisiert werden.

### **Öffentliche Dienstleistungen**

Auch in der Region Zürcher Berggebiet hat ein Abbau von öffentlichen Dienstleistungen (Bahnhöfe, Poststellen, Banken, Spitäler etc.) bzw. eine Konzentration auf grössere Gemeinden oder auf Standorte ausserhalb der Region stattgefunden.

### **Erholungs- und Freizeitregion**

Das Zürcher Berggebiet hat als Erholungs- und Freizeitregion stark an Bedeutung gewonnen (Entwicklung setzt sich fort).

Damit verbunden ist der Aus- und Neubau von Infrastrukturen (Wander-/Radwege) und die steigende Angebotsvielfalt (Dampfbahn, Museumsspinnerei, Lehrpfade, Freizeitpark Atzmännig, Deltaflug- und Gleitschirmzentrum, Biker- und Skater-Routen, etc.).

### **Strukturwandel in der Landwirtschaft**

Mit dem Rückgang der Landwirtschaftsbetriebe sinkt auch der Anteil der landwirtschaftlichen Bevölkerung im Streusiedlungsgebiet. Damit ist eine Zunahme des nicht landwirtschaftlichen Wohnens verbunden (Entwicklung setzt sich fort).

### **Hoher Anteil an naturnahen Flächen**

Das Zürcher Berggebiet weist nach wie vor einen hohen Anteil an naturnahen Flächen aus. Im Rahmen kantonaler, regionaler und kommunaler Planungen wurden viele der naturnahen Flächen unter Schutz gestellt oder mit einer Nutzungsbeschränkung versehen (Entwicklung setzt sich fort).

Im Bundesinventar der Landschaften und Naturdenkmäler von nationaler Bedeutung (BLN) sind enthalten: Hörnli Bergland (Quellgebiet Töss und Murg) und Drumlinlandschaft Zürcher Oberland (Gemeinde Hinwil).

## A 2. Problembereiche

Die Arbeitsgruppe Raumplanung stellte nach einer umfassenden Analyse der räumlichen Strukturen und deren Entwicklung ausschliesslich Probleme ausserhalb der bestehenden Bauzonen fest. Es sind dies:

### A 2.1 Streusiedlungsgebiet

---

Es bestehen bezüglich der baurechtlichen Verfahren in den drei Kantonen Unterschiede. Klare Richtlinien zur Beurteilung von Baugesuchen im Streusiedlungsgebiet fehlen.

Der Bevölkerung sind die Umnutzungsmöglichkeiten im Streusiedlungsgebiet zu wenig bekannt.

Zuständig für die Erteilung von Bewilligungen für Nutzungsänderungen, Um- und Ausbauten sowie Neubauten sind die Kantone. Für die Überwachung des Vollzugs sind jedoch die Gemeinden verantwortlich.

### A 2.2 Kleinsiedlungen

---

Es bestehen bezüglich Abgrenzung und Ausgestaltung (z. B. Baulücken schliessen) der Kleinsiedlungen sowie deren Auswirkungen auf die Landwirtschaft unterschiedliche Auffassungen.

### A 2.3 Landschaftsplanung

---

Die Mitbestimmung der Gemeinden und Grundeigentümer bei Landschaftsplanungen und bei Festsetzungen von Schutzgebieten ist unbefriedigend.

Eine Koordination und Zusammenarbeit über die Grenzen hinweg (Gemeinden, Regionen und Kantone) bei Landschaftsplanungen existiert nicht.

Die konkreten Auswirkungen von Landschaftsplanungen übergeordneter Stellen sind für die Gemeinden und die betroffenen Eigentümer mehrheitlich nicht abschätzbar.

### A 2.4 Nutzungskonflikte

---

Es zeichnen sich immer wieder Nutzungs- und Interessenskonflikte zwischen Landwirtschaft, Forstwirtschaft, Naturschutz sowie Freizeit- und Erholungsnutzung ab. Auch wenn die Konflikte nicht flächendeckend auftreten, fehlt eine koordinierte Problemlösung.

### A 2.5 Raumplanungsgesetzrevision des Bundes

---

Die Teilrevision des Bundesgesetzes über die Raumplanung (RPG) sowie der Verordnung (RPV) wecken bei der betroffenen Bevölkerung falsche Hoffnungen.

### A 3. Allgemeine Zielsetzungen der PZB im Bereich Raumplanung

Die PZB strebt für die Region optimale raumplanerische Voraussetzungen an, welche unter Beachtung regionsspezifischer Bedingungen wie land- und forstwirtschaftliche Nutzung, Erholungsnutzung, Landschafts- und Naturschutz, eine bauliche Entwicklung auch im Streusiedlungsgebiet zulässt. Die PZB setzt sich für ausgewogene raumplanerische Vorgaben und eine einheitliche Umsetzung ein.

### A 4. Handlungsbedarf

#### Priorität

- | A 4. Handlungsbedarf  | Priorität                               |
|---|---|
| <p>A 4.1 Die PZB verfolgt die Entwicklung der raumplanerischen und raumordnungspolitischen Grundlagen und bringt dabei die Interessen der Region ein. Generell sichert die PZB den Informationsaustausch mit den vier Planungsregionen.</p>   | ständige Aufgabe                        |
| <p>A 4.2 Die PZB verbessert die Zusammenarbeit, Koordination und Abstimmung von raumplanerischen Anliegen wie zum Beispiel Streusiedlungsgebiet, Landschafts- und Naturschutz, öffentlicher Verkehr etc. über die Kantons-, Regions- und Gemeindegrenzen hinaus.</p>  | ständige Aufgabe                        |
| <p>A 4.3 Die PZB setzt sich für eine bessere und einheitlichere Abstimmung der verschiedenen raumplanerischen Instrumente ausserhalb der Bauzone ein (Streusiedlungsgebiet, Gestaltungspläne, Kleinsiedlungen).</p>   | ständige Aufgabe                        |
| <p>A 4.4 Die bestehenden landschaftlichen Gegebenheiten sind für die Region wichtige Ressourcen. Die PZB sorgt bei Nutzungs-, Landschafts- und Naturschutzplanungen für eine umfassende Interessenabstimmung.</p>   | ständige Aufgabe                        |
| <p>A 4.5 Die Region ist ein wichtiges Naherholungsgebiet für den Grossraum Zürich-Winterthur, rechtes Zürichseeufer, Rapperswil, Frauenfeld und Wil. Die Erholungsnutzung mit allen positiven und negativen Auswirkungen ist in den vier Planungsregionen nur am Rande ein Thema. Die PZB setzt sich für die Lösung von Problemen ein, koordiniert unter den Planungsregionen und fördert den Einsatz geeigneter raumplanerischer Instrumente (Erholungsplanung).</p> | ständige Aufgabe<br>Erholungsplanung: 3 |

## B Landwirtschaft/Forstwirtschaft

### B 1. Rückblick

#### B 1.1 Bearbeitete Bereiche

---

In den letzten zwanzig Jahren haben sich die politischen und wirtschaftlichen Bedingungen in der Land- und Forstwirtschaft stark verändert. Im Umfeld dieser Veränderungen wurden folgende Zielsetzungen und Anliegen der PZB umgesetzt:

- Die Erhaltung von bäuerlichen Heimwesen und Einzelparzellen im Eigentum des Selbstbewirtschafters wurde durch zielgerichtete Aktivitäten sichergestellt (PZB/Genossenschaft zur Erhaltung bäuerlicher Heimwesen). Mit Inkraftsetzung des neuen Bodenrechtes 1998 wurden die Aktivitäten der Genossenschaft eingestellt.
- Die Organe der PZB arbeiten in verschiedenen Gruppen und Gremien der Land- und Forstwirtschaft mit (Bergkommission, Strategiepapier Berg-Landwirtschaft im Leitbild Landwirtschaft des Kantons Zürich, Beratungstätigkeiten zur Förderung des Energieholzabsatzes, Leitung der Arbeitsgruppe Energieplanung Zürcher Oberland, etc.) und können so auf direkte Weise die Anliegen der Region Zürcher Berggebiet einbringen.
- Um für die landwirtschaftliche Produktion eine möglichst hohe Wertschöpfung zu erzielen, wurde das Label „natürli us de Region Zürcher Berggebiet“ geschaffen. Mit dem Aufbau und der Betreuung des Regionalmarketing-Konzeptes für die Käservereinigung wurden die Zielsetzungen im Bereich der Milchverarbeitung umgesetzt.

#### B 1.2 Unterstützung/Investitionshilfe-Darlehen

---

Die PZB/Genossenschaft hat in den Jahren 1981-1997 im Rahmen der über 130 bearbeiteten Fälle 5,4 Mio. Franken Beiträge ausbezahlt.

Mit zinslosen Investitionshilfe-Darlehen wurden auch zwei mit Holz betriebene Wärmeverbund-Anlagen in den Gemeinden Wald und Wila unterstützt.

#### B 1.3 Land- und forstwirtschaftliche Entwicklung

---

Die land- und forstwirtschaftlichen Strukturen der Region haben sich wie folgt entwickelt:

##### Landwirtschaftliche Bevölkerung und Betriebe

Die landwirtschaftliche Bevölkerung hat parallel mit dem starken Rückgang der Haupt- und Nebenerwerbsbetriebe ebenfalls abgenommen (Entwicklung der Betriebsveränderung Haupt- und Nebenerwerbsbetriebe 1975-1996: Schweiz ./ 40 %, Kanton Zürich ./ 41 %, Kanton Thurgau ./ 36 %, Kanton St. Gallen ./ 35 %, Region PZB ./ 37 %, Entwicklung setzt sich fort).

Mit der Inkraftsetzung des revidierten Raumplanungsrechtes wurde die Landwirtschaftszone unter Bedingungen auch für bodenunabhängige Produktionsmethoden geöffnet. Zudem wurde der Landwirtschaft eine erleichterte Umnutzung von bestehenden Bauten für Wohnen und nicht landwirtschaftliche Nebenbetriebe zugestanden. (Über die Auswirkungen dieser Änderungen können noch keine Aussagen gemacht werden).

## Produktionsstruktur

Die Milchproduktion ist weiterhin die wichtigste Einnahmequelle. Aufzucht und Fleischproduktion haben aber an Bedeutung gewonnen. Immer mehr Betriebe verbessern ihre Einkommenssituation mit Nischenproduktion und landwirtschaftsfremden Tätigkeiten (Entwicklung setzt sich verstärkt fort).

11 % der Betriebsleiter bewirtschaften 12 % der landwirtschaftlichen Nutzfläche biologisch. Die meisten der restlichen Landwirte haben auf integrierte Produktion (IP) umgestellt.

## Agrarpolitik

Die laufenden Reformen in der Landwirtschaft ändern die Rahmenbedingungen für unsere Bauern nachhaltig. Die produkteabhängigen Unterstützungen werden durch Direktzahlungen abgelöst, welche vermehrt ökologische Kriterien berücksichtigen (Entwicklung setzt sich fort).

Auch nachgelagerte Verarbeitungsbetriebe wie Käsereien und Molkereien wurden von den Reformen in der Landwirtschaft direkt betroffen. Nicht alle Betriebe können den erhöhten Anforderungen an die Infrastrukturen und die Produktequalität nachkommen. Deshalb hat die Anzahl der Betriebe stark abgenommen (Entwicklung setzt sich fort).

## Forstwirtschaft

In der meisten Gemeinden der Region wurde in den letzten Jahren mittels Güterzusammenlegungen nicht nur die Bodenbewirtschaftung erleichtert, sondern auch die Voraussetzungen für eine verbesserte Waldbewirtschaftung geschaffen.

## **B 2. Problembereiche**

Die Arbeitsgruppe Land-/Forstwirtschaft stellt nach einer umfassenden Analyse der regionalen Land-/Forstwirtschaft und deren Entwicklung in den vergangenen Jahren folgende Probleme fest:

### **B 2.1 Betriebsstruktur**

---

Der Strukturwandel zu weniger, dafür aber grösseren Betrieben wird in der Region als natürlicher Prozess wahrgenommen. Der daraus resultierende Anpassungsdruck wird für viele Familienbetriebe zu einer grossen Belastung.

### **B 2.2 Produktionsstruktur/Einkommen**

---

Im Umfeld der AP 2002, EU, WTO und der allgemeinen Marktsituation sinken die Chancen des Berggebietes auf dem freien Markt. Die Einkommenssituation wird sich auch mit den vermehrten Direktzahlungen kaum verbessern.

Das Potenzial zur Vermarktung von regionalen Produkten und die innerregionale Zusammenarbeit wird noch zu wenig ausgeschöpft.

Die Chancen der dezentralisierten Milchverarbeitungsstrukturen und die damit verbundene regionale Wertschöpfung werden noch kaum genutzt.

### **B 2.3 Image/Kommunikation**

---

Die Verunsicherung in der Landwirtschaft über die Zukunft ist gross. Das Interesse der übrigen Bevölkerung an der Landwirtschaft sinkt weiter. Das Image der Landwirtschaft ist nicht positiv. Zu viele unterschiedlich denkende und handelnde Gruppierungen versuchen, das Bild ihrer Landwirtschaft nach aussen zu tragen.

### **B 2.4 Forstwirtschaft**

---

Die Preise für Nutz- und Energieholz werden kaum dazu beitragen, dass unsere Wälder ausreichend genutzt werden. Die zu optimistisch eingeschätzten Folgekosten für die Walderschliessungen werden für die Grundeigentümer und die Gemeinden zu einer finanziellen Belastung.

### B 3. Allgemeine Zielsetzungen der PZB im Bereich Land- und Forstwirtschaft

Die Land- und Forstwirtschaft wird auch in Zukunft ein Schwerpunkt der regionalen Aktivitäten bleiben. Die PZB unterstützt die Landwirtschaft bei der Erfüllung von neuen Aufgabenbereichen. Die PZB fördert gezielt innovative Projekte aus der Land- und Forstwirtschaft sowie dem nachgelagerten Gewerbe, um damit eine hohe Wertschöpfung innerhalb der Region zu erzielen.

### B 4. Handlungsbedarf

### Priorität

---

<b>B 4.1</b>	Die PZB setzt sich auf allen Ebenen für die regionspezifische Interessenvertretung in den Bereichen Land- und Forstwirtschaft ein. Insbesondere bei Planungsfragen und kantonalen Gesetzesvorlagen übernimmt die PZB die Koordination von Vernehmlassungen und Lobbying.	ständige Aufgabe
--------------	--	------------------

---

<b>B 4.2</b>	Die PZB übernimmt Beratungs- und Koordinationsaufgaben im Bereich Raumplanung und dient als Ansprechpartner der Landwirtschaft.	ständige Aufgabe
--------------	---	------------------

---

<b>B 4.3</b>	Die PZB kommuniziert die Leistungen der Land- und Forstwirtschaft sowie deren Bedeutung für die Region.	ständige Aufgabe
--------------	---	------------------

---

<b>B 4.4</b>	Die PZB unterstützt innovative Projekte aus der Land- und Forstwirtschaft. Sie stellt den Projektträgern Beratungszeit der PZB-Geschäftsstelle zur Verfügung.	ständige Aufgabe
--------------	---	------------------

---

<b>B 4.5</b>	Die PZB initiiert ein Ideen-Forum für die Land- und Forstwirtschaft mit dem Ziel, Projektideen zu entwickeln und umzusetzen.	2
--------------	--	---

---

<b>B 4.6</b>	Die PZB setzt sich dafür ein, dass die von der Land- und Forstwirtschaft erbrachten Leistungen im öffentlichen Interesse anerkannt und entsprechend entschädigt werden.	ständige Aufgabe
--------------	---	------------------

---

<b>B 4.7</b>	Die PZB unterstützt eine vermehrte Nutzung des in der Region wichtigen Rohstoffes Holz.	ständige Aufgabe
--------------	---	------------------

## C Infrastrukturen/Dienstleistungen

### C 1. Rückblick

#### C 1.1 Bearbeitete Bereiche

---

Die Organe der PZB haben sich in den vergangenen Jahren laufend mit der Entwicklung des öffentlichen Verkehrs befasst (Studie für die Tösstallinie und Buslinien, Leitung verschiedener Arbeitsgruppen und Mitarbeit in den regionalen Verkehrskonferenzen, etc.). Stufenweise konnten die Verbindungen mit öffentlichen Verkehrsmitteln verbessert werden. Im Weiteren wurden die Gemeinden und Organisationen bei der Realisierung ihrer Infrastrukturvorhaben und Dienstleistungsangebote beraten und nach Möglichkeit für die Finanzierung der Projekte Investitionshilfe-Darlehen beantragt.

#### C 1.2 Investitionshilfe

---

Mit zinslosen Investitionshilfe-Darlehen wurden folgende Infrastrukturbereiche unterstützt:

- Schulhausbauten (Neu-, Um- und Erweiterungsbauten);
- Versorgungs- und Entsorgungsanlagen;
- Ausbau von Strassen;
- Altersheime und Alterswohnungen;
- Gemeindeverwaltungen und Werkhöfe.

Mit zinslosen Investitionshilfe-Darlehen konnte auch ein Beitrag zur Erhaltung der dezentralisierten Konsumgüterversorgung geleistet werden. Unterstützt wurden Läden in den Gemeinden Fischingen, Goldingen und St. Gallenkappel.

#### C 1.3 Entwicklung des Infrastruktur- und Dienstleistungsangebotes

---

##### Öffentlicher Verkehr

In den letzten Jahren wurden die Kantone und die Gemeinden vermehrt in die Angebotsgestaltung und die Finanzierung des öffentlichen Verkehrs miteinbezogen. Der stufenweise Ausbau des Angebots sichert den Bewohnern des Berggebiets während der Hauptverkehrszeiten gute Verbindungen in die Agglomerationsgebiete. Durch die Automation des Bahnbetriebes sind diverse Bahnhöfe unbesetzt und der Fahrkartenbezug ist durch Automaten sichergestellt.

##### Konsumgüterversorgung

Obschon in den letzten zwanzig Jahren aufgrund der sich ändernden Einkaufsgewohnheiten einige kleine Läden in der Region schliessen mussten, ist die Konsumgüterversorgung gut. Sie konzentriert sich je länger je mehr auf die grösseren Gemeinden in der Region (Entwicklung setzt sich fort).

## Banken/Post

Das Banken- und Poststellennetz in der Region hat sich in den letzten fünf Jahren stark verändert. Brieflicher oder elektronischer Zahlungsverkehr, Internet, Bancomaten, etc. führten zu diesem reduzierten Angebot im ländlichen Raum (Entwicklung setzt sich fort).

## Elektrizitätsversorgung/Fernmeldebereich

Die Stromversorgung wurde laufend verbessert und die Möglichkeiten neuer Telekommunikationsmittel können genutzt werden.

## Erschliessungs-Infrastrukturen

Die Aufwendungen der Gemeinden für den Strassenunterhalt haben stark zugenommen. Dazu beigetragen hat auch die Umklassierung von regionalen zu kommunalen Strassen. Die Qualitätsanforderungen an die Wasserversorgung und Abwasserentsorgung sind gestiegen. Die damit verbundenen Investitionen führen zu sehr hohen Gebühren (Entwicklung setzt sich fort).

## Ausbildungs-Infrastrukturen

Die Gemeinden haben in den letzten Jahren in den Ausbau der Schulhäuser viel investiert. Die laufenden und zukünftigen Reformen im Bildungsbereich stellen neue Anforderungen an die Ausbildungs-Infrastruktur. Die Gesamtschulen in den Aussenwachten passen nicht in das Reformkonzept; eine Schulort-Konzentration findet statt (Entwicklung setzt sich fort).

## C 2. Problembereiche

Die Arbeitsgruppe Infrastrukturen und Dienstleistungen stellt nach einer umfassenden Analyse des Infrastruktur- und Dienstleistungsangebotes folgende Probleme fest:

### C 2.1 Dienstleistungen

---

Beim regionalen öffentlichen Verkehr bestehen noch kleinere Schwachstellen im Angebot sowie in der Fahrplangestaltung. (Weil die Meinungen bezüglich des bestehenden und des zukünftigen Angebots auf der Tösstallinie auseinander gehen, hat die PZB zur Klärung der Meinungsverschiedenheiten und Probleme zusammen mit den betroffenen Gemeinden und der IG-Tösstallinie eine Studie in Auftrag gegeben).

Das regionale Poststellennetz kann nicht gehalten werden. Die mit dem Abbau verbundene Informationspolitik wird von Seiten der Gemeinden und der Bevölkerung als unbefriedigend bezeichnet.

Mit dem sich ändernden Konsumverhalten wird auch die Schliessung von Läden in peripheren Lagen weitergehen. Mit jeder Schliessung eines Ladens verliert die Gemeinde oder die Aussenwacht auch einen sozialen Treffpunkt.

### C 2.2 Infrastrukturen

---

Die Liberalisierung im Strommarkt wird Auswirkungen auf die Region und die Gemeinden haben. Da diese Auswirkungen zum heutigen Zeitpunkt nicht abschliessend bekannt sind, bestehen Unsicherheiten. Besonders davon betroffen sind die kommunalen Elektrizitätswerke.

Das weitläufige Strassennetz im Berggebiet belastet die Gemeindefinanzen zunehmend. In einigen Zürcher Gemeinden ist der langfristige Unterhalt der Meliorationsstrassen nicht gesichert.

Bei der regionalen Wasserversorgung erschweren uneinheitliche Strukturen (Genossenschaften, Korporationen, Zivilgemeinden, Politische Gemeinden, Zweckverbände) die Übersicht. Einzelne Träger der Wasserversorgung sind bezüglich der hohen Qualitäts- und Sicherheitsansprüche überfordert.

Die Infrastrukturen im Bildungsbereich können für die Umsetzung der anstehenden Reformen mehrheitlich bereitgestellt werden. Hingegen wird mit den steigenden Anforderungen an die Führung einer Schule die Besetzung der Schulbehörden mit geeigneten Mitgliedern immer kritischer.

### **C 3. Allgemeine Zielsetzungen der PZB im Bereich Infrastrukturen/Dienstleistungen**

Die PZB setzt sich weiterhin für gut ausgebaute Infrastrukturen sowie für ein den Bedürfnissen angepasstes Dienstleistungsangebot ein. Damit soll die Standortattraktivität der Regionsgemeinden laufend verbessert werden. Die Unterstützung von Infrastrukturvorhaben (Basis- und Entwicklungsinfrastrukturen) mit Investitionshilfe-Darlehen ist sicherzustellen.

### **C 4. Handlungsbedarf**

#### **Priorität**

**C 4.1** Die PZB sorgt dafür, dass die vom Bund über das Investitionshilfegesetz bereitgestellten zinslosen Darlehen zur Unterstützung von Infrastrukturen (Basis- und Entwicklungsinfrastrukturen) ausgeschöpft werden.

ständige Aufgabe

Die PZB unterstützt die Projektträger bei der Auslösung der zinslosen Investitionshilfe-Darlehen.

**C 4.2** Die PZB verfolgt die Entwicklung des regionalen Dienstleistungsangebotes aktiv, insbesondere die Entwicklung des öffentlichen Verkehrs sowie des Poststellen- und Bankangebotes.

ständige Aufgabe

Post/Bahn: 1

In Kontakt mit den Gemeinden und Organisationen sollen angepasste Lösungen zur Erhaltung der Standortattraktivität erarbeitet werden.

## D Gemeindefinanzen

### D 1. Rückblick

#### D 1.1 Bearbeitete Bereiche

---

Das Thema Gemeindefinanzen bzw. öffentliche Finanzen hat bei den Organen der PZB eine hohe Bearbeitungspriorität. Dabei sind folgende bearbeitete Bereiche speziell zu erwähnen:

- Stellungnahmen zu allen relevanten Gesetzesänderungen;
- Umfassendes Dienstleistungsangebot im Bereich der öffentlichen Finanzen (Investitionsplanung, Finanzplanung, Informations- und Weiterbildungsprogramme für kommunale Behörden, etc.).

#### D 1.2 Investitionshilfe-Darlehen

---

Alle Gemeinden haben in den vergangenen zwanzig Jahren Investitionshilfe-Darlehen beantragt und für verschiedene Projekte zinslose Darlehen erhalten. Diese Investitionshilfe-Darlehen führen zu tieferen Finanzfolgekosten von Investitionen und zur Entlastung im Finanzhaushalt.

#### D 1.3 Entwicklung der Gemeindefinanzen

---

Im Entwicklungskonzept von 1979 wurde auf die tiefe Steuerkraft pro Einwohner in der Region hingewiesen. Die aktuelle Situation zeigt, dass sich die Region Zürcher Berggebiet gegenüber 1975 verschlechtert hat und nur noch knapp 50 % der durchschnittlichen Steuerkraft pro Einwohner der Schweiz erreicht. Nur die Gemeinde Hinwil konnte sich wesentlich verbessern (Entwicklung setzt sich fort).

Ausser in die Gemeinde Hinwil und in die Politische Gemeinde Bichelsee-Balterswil fliessen in alle Politischen Gemeinden bzw. Schulgemeinden Finanzausgleichsbeiträge. Tendenziell hat sich die Abhängigkeit vom Finanzausgleich für die Mehrheit der Gemeinden verstärkt. Die Finanzlage der Regionsgemeinden hat sich gegenüber den übrigen Gemeinden in ihrem Kanton verschlechtert (Entwicklung setzt sich fort).

Die Gemeinden müssen für die Finanzierung der Ver- und Entsorgungsanlagen kostendeckende Gebühren erheben. Aufgrund der speziellen Siedlungsstrukturen (Streusiedlungsgebiet) sind es im Vergleich zu den Agglomerationsgemeinden sehr hohe Gebühren (Entwicklung setzt sich fort).

## D 2. Problembereiche

Die Arbeitsgruppe Gemeindefinanzen stellt nach einer umfassenden Analyse der Gemeindefinanzen und deren Entwicklung in den vergangenen Jahren folgende Probleme fest:

### D 2.1 Steuerfuss/Finanzausgleich

---

Die Mehrheit der Gemeinden muss den in ihrem Kanton maximalen Steuerfuss erheben. Die Schere zwischen finanzstarken und finanzschwachen Gemeinden öffnet sich in allen drei Kantonen immer stärker. Die fiskalischen Unterschiede zwischen den Kantonen sind sehr gross.

Die Mehrheit der Gemeinden ist stark vom Finanzausgleich abhängig und verliert dadurch an Autonomie.

### D 2.2 Verschuldung

---

Die Verschuldung in den Gemeinden nimmt zu. Ohne Unterstützung des Kantons (Finanzausgleich) ist eine wirksame Entschuldungsstrategie nicht umsetzbar.

Lineare Sparmassnahmen der Kantone führen zu höheren Belastungen für die Gemeinden. Insbesondere führen reduzierte Staatsbeiträge bei den Investitionen zu höheren Finanzfolgekosten und zunehmender Verschuldung.

### D 2.3 Wachsender Aufwand

---

Vermeehrt werden Aufgaben und die damit verbundenen Kosten von den Kantonen auf die Gemeindeebene übertragen (Strassen, öffentlicher Verkehr, Bildung, Gesundheit, Soziales, Umwelt, Zivilschutz, etc.).

Viele Reformen, Gesetzesänderungen und neue Gesetze lösen auf der Stufe Gemeinde neue Kosten aus. Diese werden im Rahmen von Vernehmlassungen und Informationen kaum zur Sprache gebracht.

### D 3. Allgemeine Zielsetzungen der PZB im Bereich Gemeindefinanzen

Die PZB muss sich weiterhin für gesunde Gemeindefinanzen und einen gerechten Finanzausgleich einsetzen sowie sicherstellen, dass in den Gemeinden auch in Zukunft Mittel aus den Förderungsmassnahmen des Bundes (IHG, Regio Plus, etc.) beansprucht werden können. Die Dienstleistungen der PZB sollen auch dazu dienen, den finanzschwachen Gemeinden weiterhin die Kreditaufnahme zu günstigen Bedingungen zu ermöglichen.

### D 4. Handlungsbedarf

#### Priorität

D 4.1 Die PZB setzt sich für einen optimalen Finanzausgleich und für die Stärkung der Finanzautonomie der Regionsgemeinden ein.	1
D 4.2 Die PZB passt ihr Dienstleistungsangebot im Zusammenhang mit den Gemeindefinanzen den Bedürfnissen der Gemeinden sowie den sich abzeichnenden Strukturänderungen an.	ständige Aufgabe
D 4.3 Die PZB weist bei raumwirksamen Tätigkeiten übergeordneter Stellen (Planungen, Konzepte, Leitbilder, etc.) sowie bei neuen Gesetzen oder Gesetzesänderungen auf mögliche Auswirkungen auf die Gemeindefinanzen hin und fordert die direkt betroffenen Stellen zum gemeinsamen Handeln auf.	ständige Aufgabe
D 4.4 Die PZB schöpft die im Zusammenhang mit der Berggebietsförderung zur Verfügung stehenden finanziellen Mittel zu Gunsten unserer Regionsgemeinden und weiterer regionaler Initianten aus. Darunter ist auch die Unterstützung von Projekten aus den Bereichen Sport, Freizeit, Kultur und Umwelt zu verstehen, die zur Attraktivität der Gemeinden sowie der Region beitragen.	ständige Aufgabe

## E Tourismus, Erholung und Freizeit

### E 1. Rückblick

#### E 1.1 Bearbeitete Bereiche

---

Die Region ist ein beliebter Naherholungsraum. Dennoch hat die PZB erst 1995 zusammen mit weiteren Organisationen (Gastro, Verkehrsvereine, touristische Leistungsträger, Gemeinden, etc.) ein Forum für eine institutionelle Förderung des Tourismus sowie der Erholungs- und Freizeitaktivitäten lanciert. Diese Aktivitäten führten zur Gründung des Vereins Tourismus Region Zürcher Oberland (1999) und zum Aufbau aktionsfähiger Strukturen (Geschäftsstelle, Sekretariat).

#### E 1.2 Investitionshilfe-Darlehen

---

Mit zinslosen Investitionshilfe-Darlehen wurden Projekte des Dampfbahvereins Zürcher Oberland (Museumsbahn Hinwil-Bauma) sowie von Gemeinden (Hallen- und Schwimmbäder, Sporthallen, Mehrzweckgebäude) unterstützt.

#### E 1.3 Entwicklung der Bereiche Tourismus, Erholung und Freizeit

---

Die Bedürfnisse der Bevölkerung für eine aktive Freizeitgestaltung haben sich gewandelt. Parallel dazu hat sich selbstverständlich auch das Angebot erweitert. Das ruhige Wandergebiet Zürcher Berggebiet hat sich längstens in eine aktive Freizeitregion mit Angeboten in den Bereichen Sport- und Aktivtourismus, Natur- und Umwelt, Kultur und Kulinarisches, Gesundheit und Wellness, Bildung und Seminare, etc. gewandelt.

### Verkehrsvereine

Der Aufgabenbereich der Verkehrsvereine hat sich in den letzten zwanzig Jahren kaum geändert. Sie erledigen wichtige Aufgaben auf kommunaler Ebene. Die Einbindung der Verkehrsvereine in die regionalen Aktivitäten der Tourismus Region Zürcher Oberland ist in Bearbeitung.

### Angebote

Das regionale Wander- und Radwegnetz wurde in den letzten zehn Jahren stark ausgebaut. Die historischen Wandewege (Pilgerweg, Guyer-Zeller-Wege) haben an Beliebtheit gewonnen.

Die nationale Veloroute Mittelland führt durch einen Teil des Regionsgebietes. Verschiedene Radwege wurden speziell beschildert und sind auch für Inline-Skater zugänglich. Das abwechslungsreiche Gelände macht das Biken im Zürcher Oberland besonders attraktiv.

Zahlreiche Museen und Lehrpfade wurden in den letzten Jahren eröffnet (Industrielehrpfad, Industriemuseum, Wasserlehrpfad Töss 91, etc.).

Das Kneipp-Kurhaus Dussnang hat sich zu einem international anerkannten Zentrum entwickelt.

Das Übernachtungsangebot konzentriert sich auf wenige Orte und richtet sich vor allem an Geschäftskunden und kaum an Erholungssuchende. Angebote in der Parahotellerie sind praktisch verschwunden. Der Bestand an Camping- und Zeltplätzen hat sich nicht verändert. Neu sind Angebote wie Ferien auf dem Bauernhof oder Schlafen im Stroh. Seit dem Bestehen der Tourismus Region Zürcher Oberland hat die Nachfrage nach Übernachtungsmöglichkeiten zugenommen.

Die Schneesicherheit in unserer Region hat in den letzten Jahren abgenommen. Die verschiedenen Skilift-Besitzer und Loipen-Betreuer bemühen sich immer wieder, den Erholungssuchenden bei ausreichenden Schneeverhältnissen attraktive Angebote bereitzustellen. Die Sportbahnen Atzmännig AG haben auf die unberechenbaren Schneeverhältnisse reagiert und setzen ihre Aktivitäten vermehrt auf Sommerangebote wie Rutschbahn, Trampolin, Jumpinganlage, Monzabahn, Streichelzoo, etc.

Wegen des vielseitigen Kulturangebots ausserhalb der Region Zürcher Berggebiet beschränkt sich das Angebot auf einzelne Anlässe. In den letzten Jahren haben sich die Konzerte im Kloster Fischingen und in der Kirche Sitzberg zu Anlässen von überregionaler Bedeutung entwickelt.

## **E 2. Problembereiche**

Die Arbeitsgruppe Tourismus, Erholung und Freizeit stellt nach einer umfassenden Analyse der regionalen Strukturen und deren Entwicklung in den vergangenen Jahren folgende Probleme fest:

### **E 2.1 Wertschöpfung**

---

Das vorhandene Potenzial für eine verbesserte Wertschöpfung aus touristischen Leistungen wird kaum ausgeschöpft. Es gibt kaum ein Bewusstsein in der Bevölkerung für touristische Anliegen. Die Vernetzung der verschiedenen Angebote fehlt und innovative sowie attraktive Angebote werden nur selten gefördert und professionell vermarktet. Die vorhandenen Übernachtungsmöglichkeiten sind zu wenig bekannt.

### **E 2.2 Freizeitverkehr**

---

Obschon die Region mit öffentlichen Verkehrsmitteln (Bahn und Bus) gut erschlossen ist, hat der individuelle Freizeitverkehr stark zugenommen. An schönen Wochenenden kommt es in der Region immer wieder zu grossen Verkehrsaufkommen. An speziellen Orten (Ausflugsorte) führen die Spitzenbelastungen zu Problemen, welche mit zusätzlichen Parkplätzen nicht gelöst werden können.

### **E 2.3 Konflikte**

---

An einzelnen Orten in der Region treten Konflikte mit Hunden (bzw. Hundehaltern), Reitern und Bikern sowie mit herumliegendem Abfall auf.

### E 3. Allgemeine Zielsetzungen der PZB im Bereich Tourismus, Erholung und Freizeit

Die PZB setzt sich für einen qualitativ hochstehenden Freizeit- und Naherholungstourismus in der Region ein. Innovative Projekte sollen initiiert und unterstützt werden, um eine attraktive Angebotspalette aus dem Zürcher Berggebiet über die Kanäle der Tourismus Region Zürcher Oberland bekannt zu machen. Mit Investitionshilfe-Darlehen sollen touristische Infrastrukturprojekte unterstützt werden, welche den Zielsetzungen der Region dienen.

### E 4. Handlungsbedarf

#### Priorität

---

E 4.1 Die PZB setzt sich für die Förderung des Freizeit- und Naherholungstourismus in der Region ein, um damit eine verbesserte Wertschöpfung der regionalen Angebote zu erzielen. Projekt läuft

---

E 4.2 Die PZB vertritt ihre Interessen im Vorstand der TRZO und stellt sicher, dass die regionalen Angebote integriert und die Anliegen des Berggebietes berücksichtigt werden. ständige Aufgabe

---

E 4.3 Die PZB unterstützt innovative Projekte für den Freizeit- und Naherholungstourismus und kann solche auch selber initiieren . ständige Aufgabe

## **F Wirtschaft**

### **F 1. Rückblick**

#### **F 1.1 Bearbeitete Bereiche**

---

In den vergangenen zwanzig Jahren hat die PZB keine direkten Wirtschaftsförderungsmaßnahmen umgesetzt. Sie beschränkte sich auf die Kontaktvermittlung für Klein- und Mittelbetriebe zur Ausschöpfung des Bundesgesetzes über die Gewährung von Bürgschaften und Zinskostenbeiträgen in Berggebieten. Im Kanton Zürich gab es bis Ende der Neunziger Jahre keine offizielle Wirtschaftsförderungsstelle. Entsprechende Anfragen für leer stehende Fabrikationsgebäude bzw. Bauparzellen zur Schaffung von neuen Arbeitsplätzen wurden von der Geschäftsstelle der PZB in Kontakt mit den Gemeinden bearbeitet.

#### **F 1.2 Investitionshilfe-Darlehen/Zinskostenbeiträge und Bürgschaften**

---

Kleine und mittlere Wirtschaftsbetriebe konnten nur indirekt von der Investitionshilfe profitieren. Viele mit Investitionshilfe-Darlehen unterstützten Projekte wurden von Handwerkern der Region ausgeführt. Im Verhältnis zur Grösse der Region haben wenige Betriebe Bürgschaften oder Zinskostenbeiträge nach Bundesgesetz beansprucht.

#### **F 1.3 Entwicklung der Wirtschaft**

---

##### **Allgemeines**

In den letzten zwanzig Jahren haben traditionelle Industriebranchen wie die Textilindustrie an Bedeutung verloren. Dagegen entwickelten sich die Bereiche Elektronik und Maschinenbau sowie der Dienstleistungssektor sehr positiv. Damit konnten mehr Arbeitsplätze geschaffen werden, als durch den Niedergang der Textilindustrie verloren gingen.

Hinwil verzeichnet einen starken Betriebs- und Arbeitsplatzzuwachs. Dank der guten Verkehrslage und der Ausscheidung von attraktivem Industrie- und Gewerbeland konnten neue Betriebe angesiedelt werden. Von diesen neuen Arbeitsplätzen können auch Arbeitnehmer aus den Kerngebieten des Zürcher Berggebietes profitieren.

##### **Wirtschaftsförderung**

Die geografische Situation und die Zugehörigkeit der Regionsgemeinden zu drei Kantonen verunmöglichten eine regionale Wirtschaftsförderung. Das Konkurrenzdenken unter den Kantonen und Regionen macht langsam einer koordinierten überkantonalen Wirtschaftsförderung Platz. Davon kann auch die Region Zürcher Berggebiet profitieren. Diese Kontakte führen zu engeren Beziehungen mit der Regionalkonferenz Wirtschaftsförderung Zürcher Oberland. Im Weiteren hat sich ein Verein „Arbeitsgruppe Wirtschaftsraum Tösstal“ gebildet mit dem Ziel, den Wirtschaftsraum Tösstal in interessierten Kreisen sowie bei den übergeordneten Wirtschaftsförderungsstellen bekannter zu machen.

## **F 2 Problembereiche**

Die Analyse der wirtschaftlichen Struktur und deren Entwicklung hat folgende Problembereiche aufgedeckt:

### **F 2.1 Standortattraktivität**

---

Die Standortattraktivität unserer Gemeinden bezüglich Ansiedlung neuer Gewerbebetriebe wird unterschiedlich bewertet. So hat Hinwil eine hohe Standortattraktivität für mittlere und grössere Betriebe. Diese Standortattraktivität widerspiegelt sich auch in den höheren Land- und Liegenschaftspreisen. Im Kerngebiet des Zürcher Berggebietes besteht vor allem wegen der bedeutend tieferen Land- und Liegenschaftspreise von Seiten kleinerer Betriebe oder für Neugründungen eine Nachfrage. Die tiefere Standortattraktivität für Unternehmen im Kerngebiet der Region Zürcher Berggebiet wird etwas ausgeglichen durch eine hohe Wohn- und Erholungsqualität.

Den meisten Gemeinden ist es aus finanziellen Gründen (Finanzausgleichsgemeinden) nicht möglich, standortfördernde Massnahmen in grossem Stil umzusetzen.

### **F 2.2 Informationen/Kontakte**

---

Im Bereich der Wirtschaftsförderung ist der Informationsaustausch zwischen den Regionen, Gemeinden und interessierten Kreisen unbefriedigend. Die dazu notwendigen institutionalisierten Kontaktstellen sind im Kanton Zürich erst im Aufbau.

### **F 2.3 Angebote der Wirtschaftsförderung**

---

Die Mehrheit unserer Gemeinden kann von den Angeboten der verschiedenen Wirtschaftsförderungsstellen nur bedingt profitieren. Die Angebote sind auf grosse Gemeinden mit Industrie- und Gewerbeflächen etc. zugeschnitten. Strukturschwächere Gemeinden in den Randregionen sind für die aktuelle Wirtschaftsförderung nicht von Interesse.

### F 3. Allgemeine Zielsetzungen der PZB im Bereich Wirtschaftsförderung

Die Region soll sich als Wirtschaftsraum optimal in die im Aufbau befindenden Wirtschaftsförderungsebenen einbringen.

### F 4. Handlungsbedarf

#### Priorität

---

F 4.1 Die PZB beteiligt sich aktiv am Aufbau der regionalen Wirtschaftsförderung. Projekt läuft

---

F 4.2 Die PZB setzt sich für eine Stärkung des regionalen Wirtschaftsraumes ein und unterstützt die Bestrebungen der Regionalkonferenz Wirtschaftsförderung Zürcher Oberland. Projekt läuft

Die PZB koordiniert die Anliegen der Teil-Regionen und ist bereit, den interessierten Kreisen alle notwendigen Informationen zu vermitteln.

---

F 4.3 Die PZB intensiviert den Kontakt zum Verein Wirtschaftsraum Hinterthurgau und der Arbeitsgruppe Wirtschaftsraum Tösstal. ständige Aufgabe